

Achtet auf die Richtigkeit unserer Losungen!

Am Zentralfuhrpark der Treuhand-Transport in Berlin-Lichtenberg hing kürzlich ein prächtig ausgeführtes Transparent mit folgendem Text:

**Die Einheit Deutschlands
der Kampf um die Befreiung von
der kapitalistischen Unterdrückung
kann nur ein Werk der
Arbeiterklasse sein.**

In weithin leuchtenden Lettern propagierten damit unsere Genossen von der Treuhand-Transport eine Losung, die in völligem Gegensatz zu der von unserer Ersten Parteikonferenz beschlossenen Politik steht.

Diese Genossen sind offensichtlich der Auffassung, daß ein einheitliches Deutschland nur ein sozialistisches sein kann, denn die Befreiung vom Joch der kapitalistischen Unterdrückung kann nur durch den Sozialismus, die Herrschaft der Arbeiterklasse verwirklicht werden. Unser unmittelbares Ziel ist jedoch nicht ein sozialistisches Deutschland — weil dazu noch keine Voraussetzungen bestehen* —, sondern ein antisowjetisch-demokratisches Deutschland, das wir nur schaffen können, wenn es uns gelingt, alle aufrechten demokratischen Deutschen im Kampf um dieses Ziel zu vereinen.

Anstatt die Politik der Partei zu popularisieren, agitieren diese Genossen gegen diese Politik, indem sie jedem Handwerker, Bauern, jedem Intellektuellen oder Angestellten mit ihrem Transparent zurufen: Wir brauchen dich nicht! Wir Arbeiter werden uns unser Deutschland allein bauen!

Man fragt sich, ob die Betriebsgruppe der Treuhand-Transport überhaupt die Beschlüsse der Ersten Parteikonferenz behandelt hat.

In gleicher Linie bewegen sich solche häufig anzutreffende Losungen, in denen der unmittelbare Kampf um den Sozialismus propagiert wird. An der Klosterfelder Küchenmöbelfabrik bei Berlin verkündet ein großes Holztransparent

**„Durch Zweijährplan
Sozialismus“.**

Aber unser Wirtschaftsplan ist nicht ein Plan zur Einführung des Sozialismus, sondern ein Plan für den demokratischen Aufbau der Friedenswirtschaft (Resolution der Ersten Parteikonferenz). Die Genossen, die diese Lo-

Lorenz Die Gefahr der Sorglosigkeit

Die 31. Tagung unseres Parteivorstandes lenkte die Aufmerksamkeit der gesamten Partei auf die Gefahr der Sorglosigkeit in ideologischen Fragen. Zwei überaus ernste Fälle solcher Sorglosigkeit mittelbare Anlaß zu dieser Stellungnahme.

Es war erstens eine Referentendisposition, die die Abteschulung des Landesvorstandes Berlin über das Thema: „Material als Leitfaden zur Behandlung der Ergebnisse der Parteikonferenz in den Grundeinheiten der Partei“ gedacht war, dem Verfasser tertiggebracht, die Parteikonferenz mit keinem Wort zu erwähnen. Dem entsprach auch die Art und Weise, wie die Aufgaben behandelt wurden, die die Parteikonferenz für die Arbeit auf dem Gebiete der Landwirtschaft gestellt hat, unter in einer Aufzählung aller nur denkbaren Aufgaben für das Gebiet. Die Referentendisposition enthielt zudem eine unvollständige Darstellung der Politik des Bündnisses mit der Bauernschaft, eine fehlerhafte Darstellung des gegenwärtigen Klassenkampfes in den flachen Lande, der seine Verschärfung durch die heimliche Sabotage gewisser Großbauernelemente erfährt. Schließlich eine unrichtige Kennzeichnung der Rolle der Maschinenfabriken, die a) gerade berufen sind, durch eine wirksame Bündnis der Arbeiterklasse mit den Klein- und Mittelbau-

Das Sekretariat des Berliner Landesvorstandes hat dieses Material zwar zurückgezogen, dennoch aber hat Genosse Lorenz diesen Fall mit Recht zum Anlaß genommen, eine stärkere Arbeit in den Parteileitungen zu fordern, damit nicht jeder einer Abteilung auf eigene Faust derart wichtiges Material geben und damit Verwirrung in die Parteiorganisation bringen kann.

Der zweite Fall war womöglich noch ernster und alarmierender gleich zwei ausschlaggebende Abschnitte an der Front des Kampfes betraf. Am 2. März war im „Neuen Deutschen Zentralorgan unserer Partei, in der Beilage „Aus Theorie und Praxis“ ein Artikel über den „Frieden von Brest-Litowsk“ erschienen. Ein Artikel, geschrieben von einer Schülerin des Zweijährlehrganges der Parteihochschule, stellte einen „provokatorischen Versuch, die räterische Rolle Trotzki bei den Friedensverhandlungen von 1918 zu entschuldigen und zu beschönigen“. Das Sekretariat des Büros stellte in seiner Erklärung zu dem Artikel weiter fest: „nicht nur Verwirrung stiftet, sondern auch parteifeindliche bolschewistische Stimmungen Vorschub leistet“.

Die Bedeutung dieser Feststellung bedarf kaum der Erörterung. In Berlin und Westdeutschland ist es offenkundig, daß die antisowjetischen Geheimdienste mit Hilfe trotzkistischer Agenten eine solche ideologische Verwirrung und solche Stimmungen um Zersetzung und Spaltung in die Arbeiterbewegung zu verbreiten. Trotzki kann nicht als eine politische Richtung betrachtet werden, er ist nichts anderes als eine antisowjetische, gegen die Arbeiterbewegung gerichtete Agentur von Provokateuren und Spionen. Das zeigt sich heute in Deutschland, wo hinter den Splittergruppen imperialistische Geheimdienste und Spione sichtbar werden, besonders deutlich. Es wäre jedoch ein verzeihlicher Fehler, wollte man annehmen, daß sei nur in Westdeutschland eine Gefahr. Der ehemalige Leiter der Ostbüros der SPD, Heinz Kühne, hat in seinem offenen Brief an Dr. Schumacher, Ollenhauer und Konsorten nicht nur auf die hinter derartigen Splittergruppen englische und amerikanische „Offiziere“ stehen, sondern auch darauf hingewiesen, daß diese kenne und politisch unsichere Mitglieder der SED dienstlich gesucht, um sie in die Fänge der Spionagedienste zu liefern und bar jedes Gewissens haben die imperialistischen Spionageringartiger Agenturen einen scharfen Blick für politische Schwächen der Reihen der Arbeiterbewegung, ein feines Gefühl für die antisowjetischen Stimmungen, die sie für die Zwecke der Spionage und Agententätigkeit auszunutzen trachten. Es gibt nicht wenige Beispiele, die diese Feststellung bekräftigen.

Für die Partei und vor allem für ihre Leistungen ergibt sich die zwingende Notwendigkeit gesteigerter Kampfbereitschaft und Kampfmotivität auf allen Gebieten. Es ergibt sich die zwingende Notwendigkeit des entschiedenen Kampfes gegen die Gefahr der Sorglosigkeit in ideologischen Fragen. Wie das Beispiel des Artikels von Brest-Litowsk zeigt, gilt das in erster Linie für unsere Parteischulen. Wenn es möglich ist, daß nach dem 7. Kapitel der Geschichte der KPdSU (B) auf der Parteikonferenz solcher Artikel geschrieben wird wie der von der Genossin Lorenz, so muß das eine ernste Mahnung sein/die Lehrmethoden der Parteischulen zu überprüfen, um jede formale Aneignung des